

Neuigkeit | Nominierung

Achim Truger als „Wirtschaftsweiser“ vorgeschlagen

Die Gewerkschaften haben den Ökonomen Achim Truger, der als Professor für Volkswirtschaftslehre an der HWR Berlin lehrt, für den Sachverständigenrat nominiert.

02.10.2018

Im kommenden Frühjahr soll Prof. Achim Truger in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einziehen. Laut eines Berichts im Handelsblatt hätten sich die Gewerkschaften in der vergangenen Woche auf die Personalie geeinigt. Sofern das Bundeswirtschaftsministerium den Vorschlag annimmt, wird Truger damit Peter Bofinger nachfolgen, der im Februar 2019 aus dem Gremium der so genannten fünf „Wirtschaftsweisen“ ausscheiden wird. Zur Begründung äußerte sich DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell gegenüber dem Handelsblatt: Die Gewerkschaften bewerteten Achim Truger als „profilierter Fachmann“, der „seit Langem zu gewerkschaftlichen Themen forscht und als Gutachter tätig ist“.

Truger ist seit 2012 als Professor für Volkswirtschaftslehre an der HWR Berlin beschäftigt und hat sich insbesondere als Experte für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik einen Namen gemacht. Von 2015 bis 2017 war er zudem Prodekan im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Zuvor hat er sieben Jahre lang das Referat für Steuer- und Finanzpolitik des gewerkschaftsnahen Forschungsinstituts IMK in Düsseldorf geleitet. Prof. Dr. Andreas Zaby, Präsident der HWR Berlin, kommentiert: „Wir freuen uns über diese Nominierung. Sie stellt eine herausragende Würdigung der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit dar, die Achim Truger seit Jahren an der HWR Berlin leistet.“

Zu Trugers Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem die deutsche und europäische Steuer- und Finanzpolitik, ökologische Steuerreformansätze und die Eurokrise. Der Austeritätspolitik der Europäischen Kommission steht er kritisch gegenüber. In seinen Forschungsbeiträgen stellt er die Wirksamkeit der Schuldenbremse infrage, zudem tritt er für eine Beibehaltung des Solidaritätszuschlags ein, während der Sachverständigenrat zuletzt für dessen Abschaffung plädiert hatte.

Foto: Sylke Schumann / HWR Berlin